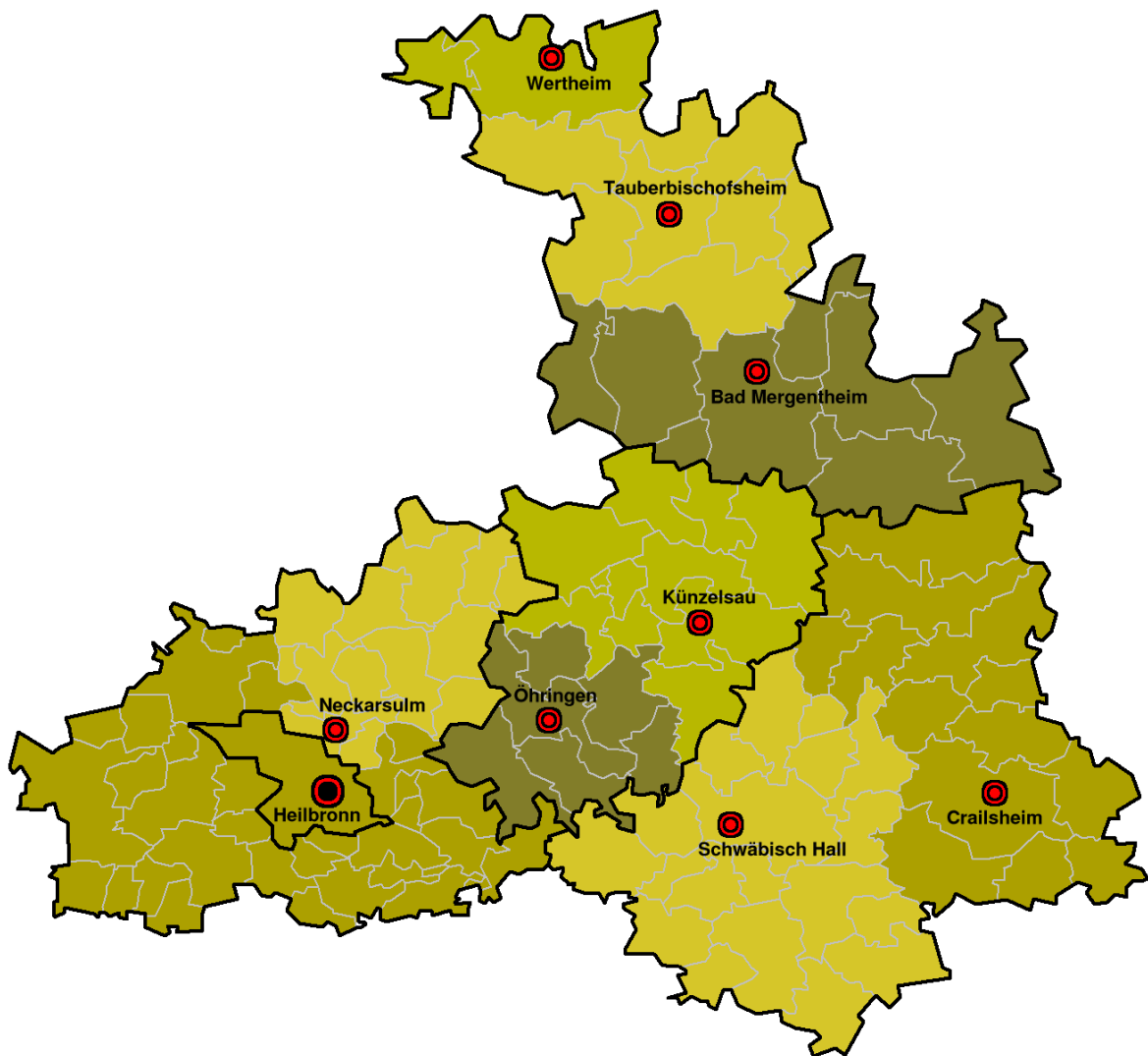


Deutschland hat gewählt

Forderungen der JU Heilbronn-Franken an die Bundespolitik



Aufgelegt am 6. Dezember in Künzelsau

Autoren: Tatjana Braun, Christian Schuster, Martin Barthau, Peter Wirth, Simon Eberle, Sascha Gross, Armin Müller und Markus Schuster

Wirtschaftspolitik

Die Region Heilbronn-Franken gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Deutschland bzw. sogar in Europa. Ziel sollte es sein diese Vormachtstellung auch über die nächsten Jahre bzw. Jahrzehnte zu erhalten.

Für die Erhaltung dieser guten Lage gilt es zum Beispiel folgende Punkte zu beachten: Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muss weiter vorangetrieben werden. In wirtschaftlich starken Zeiten ist es zwingend erforderlich ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Die stetig steigenden Einnahmen dürfen nicht durch weitere bzw. höhere Steuern immer weiter erhöht werden, sondern vielmehr müssen die Ausgaben gesenkt werden.

Um auch in Zukunft gut aufgestellt zu sein, benötigt die Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte. Am dualen Ausbildungssystem, das weltweit Beachtung findet, ist festzuhalten. Desweiteren ist der Ausbau der Hochschullandschaft weiter voranzutreiben, um auch zukünftig junge Menschen in die Region zu locken. Hier engagiert sich die lokale Wirtschaft (u.a. Familien Schwarz, Würth) bereits sehr stark, ist aber auch auf die entsprechende Unterstützung der Politik angewiesen. Denn Bildung ist grundsätzlich eine Rahmenbedingung und somit Sache des Staates.

Darüber hinaus ist die Wirtschaft auf eine gute Infrastruktur angewiesen. Die Junge Union plädiert für einen schnellen sechsspurigen Ausbau mit Standstreifen der wichtigen Autobahn A6. Außerdem sollte die A81 zwischen dem Weinsberger Kreuz und Stuttgart achtspurig ausgebaut werden. Aber auch wichtige überörtliche Bundesstraßen sowie eine gute Anbindung an das Eisenbahn- und Schifffahrtsnetz sind wichtig für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Region Heilbronn-Franken. Dabei gilt: Die Einnahmen durch die LKW Maut und durch die Steuern der KFZ Nutzer müssen komplett in den Erhalt und den bedarfsgerechten Neubau der Verkehrswege fließen.

Die Junge Union lehnt weitere Belastungen der lokalen Wirtschaft wie Steuererhöhungen und die Einführung eines einheitlichen Mindestlohnes entschieden ab. Gerade Steuererhöhungen für Unternehmen, sowie für die Bürger sind bei aktuellen Rekordsteuereinnahmen nicht vermittelbar. Deutschland hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem.

Außerdem lehnt die Junge Union Region Heilbronn-Franken die Einführung der Solidarrente strikt ab. Durch die Solidarrente wird dem Sozialbetrug Tür und Tor geöffnet. Die Rente ist eine Versicherung, deshalb bekommt jeder, seinem Beitrag entsprechende Rentenzahlungen.

Die CDU hat sich unter der Führung von Angela Merkel leider von ihren Grundsätzen und damit von ihren Stammwählern entfernt. Diese „Sozialdemokratisierung“ lehnt die JU Heilbronn-Franken entschieden ab.

Die Rolle des Handwerks in unserer Region

In unserer Region geprägt aus Handwerk und Mittelstand benötigen wir ein starkes Handwerk. Im Handwerk werden oftmals Nachwuchs- und Fachkräfte ausgebildet die in den Industriebetrieben für die Herstellung von Spitzenprodukten benötigt werden. Außerdem erfüllt das Handwerk gerade in unserer Region eine wichtige Rolle als Arbeitgeber vor Ort. Dienstleistungen vor Ort werden im ländlichen Raum oftmals an Betriebe in der Nähe vergeben, hier weiß der Kunde dass die Qualität stimmt.

Wir sprechen uns für die Wiedereinführung des großen Befähigungsnachweises im Handwerk aus, damit soll die Qualität und der Ausbildung gefördert werden. Beispiele wie im Fliesenlegerhandwerk zeigen das sich die Zahl der Betriebe zwar verdreifacht hat, die Zahl der Ausbildungsplätze hat sich jedoch um 80% verringert. Ebenso müssen „neue Berufe“ wie im Bereich der IT überprüft werden in wie weit diese unter den Meisterbrief fallen. Verbraucherschutz und Fairer Wettbewerb müssen hier Vorrang haben im Gegensatz zu Interessen Einzelner. Wir sprechen uns daher für die Einführung eines europäischen Meisterbriefes aus, dieser soll am jeweiligen deutschen Standard orientieren. So können Verbraucherschutz und Wettbewerb in Europa gesteigert werden.

Europa

Im Hinblick auf die Wahl des Europäischen Parlamentes im Mai 2014 wünscht sich die Junge Union Heilbronn-Franken eine Richtungsdiskussion innerhalb der JU und Ihrer Mutterpartei, der CDU, in welche Richtung die Entwicklung der Europäischen Union gehen soll.

Unbestritten ist, dass für die JU Heilbronn-Franken Europa mehr als eine Wirtschafts- und Zollunion ist. Jedoch hat die Finanz- und Schuldenkrise vieler Mitgliedsstaaten der EU aufgezeigt, dass der Gedanke eines gemeinsamen Europas auch innerhalb unserer Partei unterschiedlich aufgefasst wird. Daher strebt die JU Heilbronn-Franken die Diskussion an, die Stellung der Europäischen Union gegenüber Ihrer Mitgliedsstaaten weiter zu stärken und den Organen der EU mehr Rechte und einen größeren Verantwortungsbereich einzuräumen, welche von den einzelnen Staaten an die EU abgegeben werden. Im Zuge dieser Kompetenzerweiterung wären Themen wie eine einheitliche Außenpolitik und auch Eurobonds beinhaltet. Dem entgegen steht die Auffassung, die vorhandenen Richtlinien und Strukturen innerhalb Europas zu stärken und klar zu definieren. Wir fordern in jedem Fall die Gremien der Eurozone auf, durch die Erfahrungen der Finanzkrise die vorhandenen Kontroll- und Sanktionsmechanismen strikt anzuwenden und weiter auszubauen.

Die JU Heilbronn-Franken setzt sich dafür ein, mehr Bürgernähe und Demokratie innerhalb Europas zu schaffen und das Europäische Parlament mit mehr Rechten auszustatten sowie die Möglichkeit von Volksabstimmungen auf Europäischer Ebene zu schaffen. Des Weiteren fordern wir die Direktwahl der Europäischen Kommission oder zumindest die indirekte Wahl durch das Europäische Parlament und damit das bisherige Wahlverfahren der Europäischen Kommission abzuschaffen.

Wir sprechen uns gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union aus und favorisieren eine privilegierte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Weiterhin fordert die JU Heilbronn-Franken ein schnelles in Kraft treten des Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP), welches als Wirtschaftsraum zwischen Nordamerika und Europa eine starke Gegenposition zum weiter aufkommenden asiatischen Wirtschaftsraum darstellen wird. Dieser Grundgedanke eines einheitlichen Wirtschaftsraumes soll nicht durch einen großen Ausnahmekatalog, wie aktuellen Diskussionen zeigen, verkleinert werden.

Ehe und Familie

Die Ehe als schützenswerter Bund vor Gott.

Die Ehe zwischen Mann und Frau verdient den besonderen Schutz der Politik. Sie stellt das Fundament einer wertegebundenen Gesellschaft und der Zukunft unseres Landes dar. Sowohl unser Verständnis des christlichen Menschenbildes als auch unser Verständnis des Grundgesetzes verbieten eine Aufweichung dieser Sonderstellung.

Gleiches Recht auf Eltern für alle Kinder.

Alle Kinder haben das Recht auf eine Mama und einen Papa. Sowohl die Mutter- als auch die Vaterrolle halten wir für die Entwicklung und für die Erziehung unserer Kleinsten für wichtig. Ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare lehnen wir deshalb ab. Auch wenn das Bundesverfassungsgericht diesbezüglich zu einem anderen Schluss kommen sollte darf die CDU ihre einst klare Haltung nicht in voreuseiferndem Gehorsam aufgeben.

Die Ehe halten wir insbesondere deshalb für schützenswert, da sie Keimzelle neuen Lebens ist. Da wir ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ablehnen, sehen wir auch keine Veranlassung für eine steuerliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften.

Keine steuerlichen Nachteile für Familien.

Paare, die sich für Kinder entscheiden, sichern die Zukunft unserer Gesellschaft. Dieser Einsatz für die Gemeinschaft muss vom Staat angemessen honoriert werden. Kinder haben im derzeitigen Steuerrecht

nur einen sehr geringen Einfluss auf die Progression des Steuersatzes, bei niedrigen Einkommen gar keinen. Wir fordern, Kinder im Rahmen eines Familiensplittings gerechter zu berücksichtigen.

Für echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.

Die Junge Union Heilbronn-Franken zeigt sich entsetzt darüber, wie linke Kräfte Mütter und Väter stigmatisieren und verunglimpfen, die sich dafür entscheiden, ihre Kinder zuhause zu betreuen. Zwar kann und soll ein Betreuungsgeld finanzielle Einschnitte nicht kompensieren. Allerdings hat die Vorgängerregierung durch diese Leistung ein klares Zeichen des Respekts gegenüber jungen Familien gesetzt. Wir fordern, gegenüber der SPD bei den Koalitionsverhandlungen keine faulen Kompromisse zuzulassen.

Lebensschutz

Die Junge Union Heilbronn-Franken setzt sich für eine Reform des Gesetzes zur Schwangerenkonfliktberatung ein. Das Gesetz sollte dahingehend geändert werden, dass es eine bessere Beratung in Hinblick auf die Möglichkeit einer Adoption des Kindes nach der Geburt durch ein anderes Ehepaar aufzeigt. Es gibt in Deutschland eine große Nachfrage nach Adoptivkindern von Ehepaaren die nicht in der Lage sind eigene Kinder zu bekommen. Durch ein besseres Aufzeigen dieses Weges ist ein besserer Lebensschutz unter Wahrung der Interessen werdenden Mutter und kinderlosen Paaren möglich.

Gesundheit

Die Region Heilbronn-Franken setzt sich für eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in der Region ein. Es müssen Maßnahmen zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung sowohl niedergelassener Ärzte als auch von angestellten Ärzten in Krankenhäusern der Region ergriffen werden. Die Kliniken in der Region sollen in einem Verbund zusammengefasst werden, um Synergieeffekte zu Erzeugen. Die dadurch frei gewordenen Mittel sollen zum Erhalt kleiner Krankenhäuser zur besseren Basisversorgung eingesetzt werden. Außerdem kann dadurch die Ausstattung mit Fachpersonal und Gerätschaften verbessert werden.

Die Berechtigung von Chefärzten zur Weiterbildung ihrer Assistenzärzte sollen gestärkt werden. Dadurch hat das Krankenhaus die Möglichkeit für Assistenzärzte attraktiver zu werden. Außerdem muss die Ausbildung von Notärzten weiter ausgebaut werden. Des Weiteren sind zur Einhaltung der Hilfsfristen die Anzahl der Notarzt Standorte in der Region zu Erhöhen. Der Landkreis Hohenlohe liegt in Baden-Württemberg bei der Einhaltung der Hilfsfristen an letzter Stelle, der Landkreis Schwäbisch Hall an vorletzter Stelle. Dies liegt in der geringen Anzahl der Standorte begründet. Außerdem gilt es zu überprüfen Standort für Rettungshubschrauber zu schaffen um die Notärztliche Versorgung zu verbessern.

Die CDU sollte sich für einsetzen um die Geburtshilfeversorgung im ländlichen Raum zu verbessern. Durch die ständig steigenden Haftpflichtversicherungsbeiträge sind werden kleine Geburtsstationen im ländlichen Raum unrentabel und deshalb geschlossen. Deshalb sollte hier ein staatlicher Haftungsfonds, der ab einer Haftungsobergrenze greift, eingerichtet werden.

Ländlicher Raum

Die Region Heilbronn-Franken ist überwiegend ländlich geprägt. Neben dem Oberzentrum Heilbronn existieren in den Mittelzentren in der Region die meisten Versorgungseinrichtungen um die Bedürfnisse der Menschen sicherzustellen.

Rot-Grün versucht im Land einen Keil zwischen den ländlichen Raum und die Städte zu treiben, dies ist mit uns nicht zu machen. Uns ist es wichtig, dass wir gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Dorf wie in der Stadt haben, daher lehnen wir Zulagen für Ballungsräume ab. Um als Wirtschafts- aber auch als Wohnstandort attraktiv bleiben zu können, fordern wir bis zum Ende der Legislaturperiode mindestens 50 Mbit, als Grundvoraussetzung für den schnellen Internetverkehr. Schnelles Internet ist inzwischen nicht nur eine Frage der Lebensqualität sondern auch eine Standortfrage von Unternehmen. Wir setzen uns für eine langsame und behutsame zweite Gemeindereform gemeinsam mit den Bürgern ein, hier sollen leistungsfähige Kommunen auch im ländlichen Raum geschaffen werden. Verkehrstechnisch scheint es als wolle man die Region ausbluten lassen, weder der versprochene Stundentakt auf der Frankenbahn noch der Ausbau der A6 kommt voran. Gerade hier sind mehr Bundesmittel gefragt um die Infrastruktur zu erhalten und auch zu erweitern. Es war ein großer Fehler in den letzten Jahrzehnten Bauprojekte lange zu verzögern bis sie nicht mehr realisiert werden konnten.

Wir stehen zu unserer bäuerlich geprägten Landwirtschaft. Hier darf in Sachen der Förderung der Bereich der biologischen Landwirtschaft nicht vor der traditionellen Landwirtschaft bevorzugt werden. Landwirtschaftliche Flächen sollen zu möglichst großen Äckern zusammengefasst werden um eine effiziente Bewirtschaftung zu ermöglichen. Gerade auch bei Spritzmittel muss Deutschland im Europäischen Vergleich bei Verboten nicht immer Vorreiter sein.

Jungen Landwirten muss eine Betriebsübernahme des elterlichen Betriebs erleichtert werden. Hierbei ist man mit Junglandwirtsdarlehen und dergleichen auf dem richtigen Weg, jedoch sollten weitere Maßnahmen geprüft werden.

Innere Sicherheit

Baden-Württemberg ist neben Bayern das sicherste Bundesland Deutschlands, darum muss alles getan werden, dieses Sicherheitsniveau weiterhin in unserer Region aufrecht zu halten. Dazu gehört unabdingbar Vertrauen und Unterstützung für unsere örtliche Polizei.

Zur Wahrung unseres subjektiven Sicherheitsempfindens fordern wir eine stärkere Polizeipräsenz in unserer Region, keine Kürzungen von Personal und Dienststellen. Die Junge Union des Regionalverbandes Heilbronn-Franken spricht sich des Weiteren gegen eine namentliche Kennung von Polizisten im Einsatz aus, da insbesondere Einsätze gegen Extremismus und das organisierte Verbrechen die Familien und Kinder der Polizisten massiv gefährden würden. Jedoch ist eine anonyme Kennzeichnung von Beamten im Einsatz erforderlich um eine Strafverfolgung im Falle von Verfehlungen zu ermöglichen.

Der Landesverfassungsschutz muss weiterhin extremistische Organisationen beobachten, gleich welcher politischer Richtung. Dabei sollte insbesondere die Beobachtung der Partei Die Linke, der Antifa, der NPD sowie islamistischer Extremisten fortgesetzt werden.

Um das Vertrauen der Bürger in die Polizei zu erhöhen sollte eine zentrale Ermittlungsstelle in jedem Bundesland geschaffen werden, welche bei Anzeigen gegen Beamte im Dienst tätig wird. Bisher sind in solchen Fällen die Staatsanwaltschaften vor Ort zuständig, sowie die Kollegen derselben Dienststelle. Um

hierbei Gewissenskonflikten vorzubeugen, sowie auch den Vorwurf der Mausehelei von vorneherein zu entkräften, erscheint diese Maßnahme sinnvoll.

Die Junge Union lehnt eine Aufhebung des Optionsmodells bei der Staatsangehörigkeit ab. Hier soll ein bewährtes System abgeändert werden nur um linkes Gutmenschentum zu befriedigen.

Wir als Junge Union in Franken setzen uns für eine weitere Öffnung des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren ein. Gerade bei Katastrophenlagen muss hier die Bundeswehr mit ihren großen Personalreserven tätig werden können.

Wir sprechen uns für Ersetzung des Bundesfreiwilligendienstes durch einen Bundespflichtdienst aus, so kann zu einem der soziale Zusammenhang in Deutschland gestärkt werden, zu anderem hat der Dienst auch eine gute Auswirkung auf die Persönlichkeit des Einzelnen. Die Bundespflichtdienst soll für alle Bürger, männlich wie weiblich, verpflichtend sein.

Bildung

Die Junge Union Region Heilbronn-Franken fordert die Einführung eines Bundesweiten Zentralabiturs. Nur dadurch ist eine Chancengleichheit bei der Bewerbung um Studienplätze gewährleistet. Außerdem muss sich die Bundespolitik stärker für eine flächendeckende Verteilung weiterführender Bildungseinrichtungen gerade in ländlichen Regionen einsetzen. Deshalb fordern wir die Verselbständigung des DHBW Standortes Heilbronn.

Außerdem fordern wir eine Reform des Bafög Gesetzes. Der Erhalt des Bafög sollte unabhängig vom Einkommen der Eltern gestaltet werden. Dadurch soll die Unabhängigkeit der Studenten gegenüber ihren Eltern gestärkt werden. Außerdem sollte die Rückzahlungsmodalitäten des Studienbafögs analog zu der des Meisterbafögs angeglichen werden.

Wir setzen uns für eine Bundeseinheitliche Lehrerbildung ein. Um die Möglichkeit beispielsweise des Umzuges eines Lehrers zwischen Bundesländern zu erleichtern, müssen einheitliche Standards gelten. Im Rahmen dieser Standards sollte mehr auf die charakterliche der Lehreranwärter gelegt werden. Außerdem sollte gerade bei Grundschullehrern mehr Wert auf die frühkindliche Bildung gelegt werden.